

Stadt Vetschau/Spreewald

Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, Die Linke, WGO, Bündnis 90/Die Grünen öffentlich	Vorlage-Nr:	A-CDU, SPD, Die Linke, WGO, Bündnis 90/Die Grünen-StVV-031-19			
	Datum: Verfasser:	30.07.2019 Fraktionen der CDU, SPD, Die Linke, WGO, Bündnis 90/Die Grünen			
Beratungsfolge		Anw.	Dafür	Dag.	Enth.
19.09.2019 Stadtverordnetenversammlung Vetschau/Spreewald					
Betreff Überprüfung der Stadtverordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR					

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald werden auf eine mögliche Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR überprüft.

Die Überprüfung entfällt für Mitglieder die altersmäßig auszuschließen sind.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung wird beauftragt, beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes die Auskünfte gem. § 20 Abs. 6 lit. B StUG einzuholen.

Für die Auswertung der Auskünfte ist der Hauptausschuss zuständig.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung appellieren an die Mitglieder der Ortsbeiräte, sich ebenfalls einer freiwilligen Überprüfung zu unterziehen und die Unterlagen dem Hauptausschuss zukommen zu lassen.

Beschlussbegründung:

Durch die – im StUG ausdrücklich vorgesehene - Überprüfung von Mitgliedern kommunaler Vertretungskörperschaften soll sichergestellt werden, dass Personen, die als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter des MfS/AFNS der DDR das Vertrauen ihrer Mitmenschen missbraucht haben, das vertrauensvolle und verantwortliche Amt eines Stadtverordneten nicht ausüben oder dass die Öffentlichkeit zumindest von diesem Umstand Kenntnis erlangt.

Die erneute Überprüfung derjenigen Personen, die bereits vor einem längeren Zeitraum überprüft worden sind, ist notwendig, weil in der Zwischenzeit bei der Bundesbeauftragten möglicherweise neue Erkenntnisse gewonnen wurden, die für die Beurteilung der ggf. festgestellten Tätigkeit maßgebend sein können oder eine bisher unbekannt gebliebene Tätigkeit für das MfS bestätigen könnten.

Andreas Malik CDU	Uwe Jeschke SPD	Karola Schmidt Die Linke	Ulrich Lagemann WGO	Winfried Böhmer B90/Grüne
----------------------	--------------------	-----------------------------	------------------------	------------------------------